

Pressemitteilung

Flüchtlingsfeindliche Straftaten erneut auf Rekordhoch 2016 in NRW jeden Tag zwei Vorfälle mit rechtem Hintergrund Mobile Beratung sieht Zusammenhang mit rassistischer Stimmungsmache.

Düsseldorf, 13.3.2017

Die von der Bundesregierung Ende Februar genannten Zahlen zu Übergriffen gegen Geflüchtete und deren Unterstützer_innen sind alarmierend. Die von der Mobilen Beratung in NRW im Rahmen eines eigenen Monitorings erhobenen Vorfälle gehen noch darüber hinaus. Es gilt nun, diese Angriffe wahrzunehmen und das Thema „Flucht und Asyl“ nicht im Wahlkampf zu instrumentalisieren, so Heiko Klare von der Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus in NRW.

Die Anzahl der Übergriffe gegen Geflüchtete und deren Unterstützer_innen ist 2016 im Vergleich zum Vorjahr bundesweit erneut gestiegen. Alleine in NRW gab es 499 Straftaten gegen Geflüchtete, Helfende und Einrichtungen. Die Zahlen, die die Bundesregierung Ende Februar auf Anfrage („Proteste gegen und Übergriffe auf Flüchtlingsunterkünfte“) der Fraktion DIE LINKE veröffentlichte, sind alarmierend.

Für das Jahr 2016 hat die Mobile Beratung NRW darüber hinaus ein eigenes Monitoring rechter und rassistischer Straftaten gegen Geflüchtete, sowie extrem rechter und rassistischer Demonstrationen und Kundgebungen durchgeführt. Um „Dunkelfelder“ besser erfassen zu können, sind darin neben den von offizieller Seite veröffentlichten Statistiken zu politischer motivierter Kriminalität Rechts (PMK Rechts) und Polizeipressemitteilungen auch eigens recherchierte Fälle und Medienberichte eingeflossen.

Die Bandbreite der Übergriffe und Anfeindungen in NRW reicht von Steinwürfen, Schüssen und Brandanschlägen über Beleidigungen, Drohungen, Schmierereien und Hetze bis hin zu körperlicher Gewalt. Die Vorfälle verteilen sich über ganz NRW, gerade im ländlichen Raum kommt es immer wieder zu „kleineren“ Vorkommnissen, die in der Regel öffentlich kaum thematisiert werden (siehe hierzu die Regionalberichte im Anhang). Auffällig ist zudem, dass die mutmaßlichen Täter_innen häufig nicht zu rechten Gruppierungen gehörten, sondern vielmehr aus einem „bürgerlichen“ Milieu kamen und zuvor noch nicht in diesem Kontext aufgefallen waren. Die Täter_innen sehen sich selbst als Vertreter_in bzw. Beschützer_in einer schweigenden Mehrheit, so die Analyse der Mobilen Beratung NRW. Sie inszenieren sich als Vollstrecker_innen eines angenommenen „Volkswillens.“

„Aus unserer Sicht besteht ein Zusammenhang zwischen den flüchtlingsfeindlichen Straftaten und einer sich seit Ende 2015 weiter polarisierenden gesellschaftlichen Stimmung“, so Heiko Klare von der Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus in NRW. „Diese ist geprägt von kaum noch sachlich geführten Debatten. Die Hemmschwelle sinkt, Hetze und Diskriminierung immer offener und selbstbewusster geäußert“. Zusätzlich verstärkt und vielfach mit polemischen, verkürzenden und rassistischen Positionen aufgeladen wurden diese Diskussionen in Folge der sexualisierten Übergriffe in der Silvesternacht 2015/2016 in Köln.

Die Mobile Beratung NRW warnt mit Blick auf die bevorstehenden Wahlen zum Landtag im Mai und zum Deutschen Bundestag im September, das Thema „Flucht und Asyl“ für rechtspopulistische Parolen zu missbrauchen. Heiko Klare appelliert daher an alle Parteien: „Unter keinen Umständen darf der Wahlkampf auf dem Rücken der Geflüchteten ausgetragen werden.“

Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus NRW

www.mobile-beratung-nrw.de

Kontakt für Nachfragen und weitere Informationen:

Heiko Klare

Mobile Beratung im Regierungsbezirk Münster

Gegen Rechtsextremismus, für Demokratie (mobim)

kontakt@mobim.info

02 51/492 71-09

Die Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus NRW wird gefördert durch:

Ministerium für Familie, Kinder,
Jugend, Kultur und Sport
des Landes Nordrhein-Westfalen



Gefördert vom



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

im Rahmen des Bundesprogramms

Demokratie **leben!**

Anhang:

Regionalberichte

Die Mobile Beratung berät und unterstützt Akteur_innen vor Ort bei der Entwicklung von Strategien gegen Rechtsextremismus und Rassismus. In NRW gibt es ein Beratungsteam in jedem Regierungsbezirk. Im Monitoring der Mobilen Beratung NRW stellt sich die Situation regional wie folgt dar:

Regierungsbezirk Arnsberg

Für das Jahr 2016 wurden von der MBR Arnsberg 122 Straftaten dokumentiert. Neben zahlreichen Fällen von Sachbeschädigung und Volksverhetzung finden sich auch vereinzelte Körperverletzungen. So kam es in der Stadt Dortmund u.a. zu einem Messerangriff und mehreren Fällen von (versuchter) Körperverletzung durch Flaschen- und Böllerwürfe auf politische Gegner_innen der extremen Rechten. In der Gemeinde Wilnsdorf (Kreis Siegen-Wittgenstein) kam es zudem zu einem versuchten Mordanschlag, als ein Brandsatz vor einer Geflüchtetenunterkunft gelegt wurde.

Insgesamt waren die Hälfte der dokumentierten Vorfälle (66) Übergriffe auf Geflüchtete und deren Unterkünfte. Neben 23 Fällen von Sachbeschädigung und 14 Fällen von Körperverletzung wurden vor allem auch neun Brandanschläge auf Unterkünfte von Geflüchteten dokumentiert. Wenngleich auch hier die meisten Vorfälle auf das Gebiet der Stadt Dortmund entfallen (18), sind die ländlichen Gebiete des Regierungsbezirks in Anbetracht ihrer relativ gering ausgeprägten rechten Strukturen auffällig. So gab es allein in der Kleinstadt Bad Laasphe (Kreis Siegen-Wittgenstein) und der Gemeinde Kirchhundem (Kreis Olpe) mit fünf bzw. vier Übergriffen die zweit- und drittmeisten Vorfälle im Auswertungszeitraum. Auf diese Weise verteilen sich die dokumentierten Vorfälle auf das gesamte Gebiet des Regierungsbezirks.

Demonstrationen und Kundgebungen

Für den Bereich der Demonstrationen und Kundgebungen lassen sich für den RB Arnsberg 31 Veranstaltungen anführen, die sich zu einem großen Teil auf die Stadt Dortmund konzentrieren. Im Schwerpunktgebiet der rechtsextremen Partei „Die Rechte“ wurden vom Dortmunder Kreisverband im Jahr 2016 allein 21 Kundgebungen (bzw. „Mahnwachen“) und Demonstrationen ausgerichtet, wobei der „8. Tag der deutschen Zukunft“ am 4. Juni 2016 mit knapp 900 Teilnehmenden aus dem gesamten Bundesgebiet die weitaus größte Veranstaltung im gesamten Regierungsbezirk war. Hinzu kommt eine Kundgebung mit ca. 500 Teilnehmenden von „Gemeinsam stark Deutschland e.V.“, die auch überwiegend vom neonazistischen Spektrum getragen wurde.

Obwohl die durchgeführten Demonstrationen und Kundgebungen von „Die Rechte“ im Vergleich zum Vorjahr um gut ein Drittel zurückgegangen sind (35 Veranstaltungen für 2015), besitzt die Partei mit ihren knapp 100 Mitgliedern in Dortmund und Hamm nach wie vor das größte Mobilisierungspotential aller rechten Parteien im Regierungsbezirk. So hat die NPD in Dortmund, Hamm und im Kreis Unna ihr längst die Führungsrolle überlassen und 2016 selbst nur eine Veranstaltung in Bochum (170 Teilnehmende) ausgerichtet. Auch die AfD zeigte in den Großstädten kaum Präsenz: neben Veranstaltungen in Lippstadt und Unna ist einzig eine „spontane Demonstration“ in Dortmund dokumentiert (20 Teilnehmende). Auffallend ist für den gesamten Regierungsbezirk die partei- und spektrübergreifende Fokussierung auf das Thema „Flucht und Asyl“ – mit der offenen Hetze gegen Geflüchtete mobilisierten rechte Akteur_innen zu 16 Demonstrationen und Kundgebungen.

Regierungsbezirk Detmold

Besonders in der ersten Hälfte des Jahres 2016 gab es im RB Detmold eine Reihe von Angriffen, darunter auch Brandanschläge auf Geflüchteten-Unterkünfte in Harsewinkel (Kreis Gütersloh), Warburg (Kreis Höxter), Steinhagen (Kreis Gütersloh), Herford (Kreis Herford), Schloßholte-Stuckenbrock (Kreis Gütersloh) sowie im September in Petershagen (Kreis Minden-Lübbecke). Auffällig ist, dass im Januar im Kreis Lippe zweimal und ein weiteres Mal im Kreis Paderborn in Delbrück mit Schreckschuss- und Luftdruckwaffen auf Unterkünfte für Geflüchtete geschossen wurde. In Detmold detonierte darüber hinaus ein „undefinierter Sprengsatz“ in der Nähe einer Unterkunft. Diese vier Vorfälle, die durchaus im Kontext des flüchtlingsfeindlichen gesellschaftlichen Diskurses gesehen werden können, sind in der polizeilichen Statistik Rechts motivierter Straftaten nicht zu finden. Abermals auf eine Unterkunft geschossen wurde im Kreis Lippe Ende März in Schieder Schwalenberg und Ende Juni auf eine Unterkunft in Paderborn.

Insgesamt verzeichnet die Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus RB Detmold 49 rechte und rassistische Straftaten gegen Geflüchtete. Damit hat sich die Zahl der Angriffe die im Kontext Flucht und Asyl stehen im Vergleich zum Monitoring 2015 in OWL mehr als verdoppelt.

Über die als strafrechtlich einzustufenden Aktionen hinaus gab es eine Vielzahl an Aktionen in der Region, etwa die Verteilung rassistischer Flugblätter der „Identitären Bewegung“ im Umfeld der Universität Bielefeld oder von Flugblättern der Kleinstpartei „Die Rechte“ in Briefkästen einzelner Stadtteile Bielefelds. Auch die Verbreitung rassistischer und extrem rechter Aufkleber in manchen Regionen des RBs ist auffällig.

Demonstrationen und Kundgebungen

Nicht nur die Zahl der Angriffe auf Unterkünfte für Geflüchtete ist im letzten Jahr massiv gestiegen. 2015 gab es in OWL bereits zwei Versuche, Demonstrationen unter dem Label BIGIDA (Bielefelder gegen die Islamisierung des Abendlandes) durchzuführen. Darüber hinaus war es seit Ende 2015 vor allem die Alternative für Deutschland (AfD), die mit Slogans wie „Rote Karte für Merkel“ Demonstrant_innen aus dem rechten Spektrum ansprach.

Insgesamt organisierte die AfD sieben Kundgebungen und Demonstrationen im Regierungsbezirk, davon eine in Bielefeld sowie eine im Mai 2016 in Paderborn, bei der unter anderem Björn Höcke als Redner auftrat. Bei den folgenden Veranstaltungen nahm die Zahl der Teilnehmenden jedoch stark ab.

Auch ein ehemaliger Pro NRW Funktionär versuchte den Rechtsruck in der Gesellschaft aufzugreifen und vier Demonstrationen nach dem Vorbild der Dresdener Pegida-Aufmärsche zu Organisieren. Er konnte jedoch nie mehr als 23 Personen mobilisieren. Zu den letzten beiden Kundgebungen kamen lediglich noch drei weitere Personen.

Aus dem militanten Neonazispektrum wurde 2016 eine Demonstration in Bielefeld und eine Bus-Tour mit vier kleinen Kundgebungen und einer Kundgebung in Paderborn durchgeführt.

Regierungsbezirk Düsseldorf

Im Regierungsbezirk (RB) Düsseldorf wurden laut Angaben der Bundesregierung knapp ein Fünftel der in NRW verzeichneten Straftaten gegen geflüchtete Menschen, deren Unterstützer_innen sowie Straftaten wie z.B. Brandstiftung und Sachbeschädigungen gegen Einrichtungen verzeichnet. Auch das Monitoring der Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus NRW bestätigt die bereits beschriebene Tendenz, dass besonders Geflüchtete und Unterstützende ins Visier massiver rechter und rassistischer Agitationen geraten. Im RB Düsseldorf registrierten wir im Jahr 2016 über 150 Vorfälle, die sich gegen Geflüchtete, deren Unterkünfte und gegen Personen von Initiativen richteten, die sich für Geflüchtete einsetzen.

Auch im RB Düsseldorf wurden Brandanschläge und Brandanschlagsversuche auf Asylunterkünfte verübt. So beispielsweise Anfang des Jahres 2016 in Oberhausen, dort hatten unbekannte Täter versucht einen mit 5.000 Litern Gas gefüllten Tank vor einer geplanten Unterkunft anzuzünden. In Remscheid kam es 2016 zu zahlreichen politisch motivierten Straftaten. Einrichtungen, die sich solidarisch mit Schutzsuchenden erklären, wurden teils mehrfach Ziel von Sachbeschädigungen. Fensterscheiben und Schaufensterscheiben von caritativen und kirchlichen Einrichtungen, Parteibüros und weiteren Initiativen wurden eingeworfen oder mit rassistischen Parolen beschmiert.

Demonstrationen und Kundgebungen

Im RB Düsseldorf gab es im Jahr 2016 69 Demonstrationen rechter bzw. rassistischer Veranstalter_innen. So fanden neben Demonstrationen und Kundgebungen rechts(extremer) Parteien auch Veranstaltungen von „Pegida-Ablegern“ statt. Auch wenn die Veranstaltenden sich nach außen hin vom Neonazismus distanzieren, nahmen an diesen Kundgebungen oft Personen aus neonazistischen Parteien und Gruppierungen teil. Seit Januar 2015 veranstaltet der NRW-Pegida-Ableger am Duisburger Hauptbahnhof wöchentlich Kundgebungen. Auch im Jahr 2016 konnten so über 30 Demonstrationen der rassistischen „Pegida Duisburg“ verzeichnet werden. Wegen schwindender Teilnehmerszahlen gibt es seit August 2016 „nur“ noch einmal im Monat eine Kundgebung. Zu den Pegida-Demonstrant_innen gehören unter anderem Mitglieder der NPD, von Pro NRW oder der „Identitären Aktion“. Auch war zu beobachten, wie Personen aus der Neonazi-Szene gemeinsam mit rechten Hooligans (Hogesa) und anderen Vertreter_innen der extremen Rechten in NRW demonstrierten.

Auch in weiteren Städten im RB Düsseldorf kam es zu rassistischen Mobilisierungen. Mit „Mönchengladbach steht auf“ und „Essen gegen Politikwahnsinn“ versuchten etwa zwei Gruppen, die Diskussionen vor Ort zu instrumentalisieren und vorgeblich „bürgerlichen“ Protest zu organisieren.

Nach den Silvestervorfällen in Köln 2015/2016 formierten sich in unterschiedlichen Städten des RB Düsseldorf mehrere, meist über soziale Medien verabredete, „Bürgerwehren“. In Wuppertal nutzten polizeibekannte und gewaltbereite Neonazis diese Gruppen und gingen auf „Patrouille“ um für vermeintliche „Ordnung“ auf den Straßen zu sorgen.

Regierungsbezirk Köln

Im RB Köln wurden rund ein Fünftel der für NRW dokumentierten Straftaten (insgesamt 93) verübt. Ein Großteil bezieht sich auf Volksverhetzung, Beleidigung und Sachbeschädigung. Während im Jahr 2015 der Mordversuch an Henriette Reker (der von dem rechtsextremen Täter mit der Flüchtlingspolitik begründet wurde) Entsetzen auslöste, kam es im Jahr 2016 im Regierungsbezirk Köln nur zu „wenigen“ schweren Gewalttaten. Eine Ausnahme stellt der versuchte Brandanschlag auf die Wohnung einer serbischen Familie in Köln Mülheim dar. Auf einem gezündeten Bengalo befand sich ein Pegida-Aufkleber, der die Ermittler schnell zu zwei mutmaßlichen Tätern aus dem Hogesa-/Pegida-Milieu führte. Fälle von schwerer Körperverletzung gab es insgesamt neun: zwei in Köln und je einer in Leverkusen, Aachen, Burscheid und Rösrath (Rheinisch-Bergischer Kreis), Hückelhoven (Kreis Heinsberg), Much und St. Augustin (Rhein-Sieg-Kreis). War vor einigen Jahren noch die Region um Aachen, Heinsberg und Düren der Hotspot rechter Gewalt, ist dies – betrachtet man die absoluten Zahlen – inzwischen eher Köln und das Kölner Umland.

Die Domstadt stand nach den Silvesterereignissen, bei der es zu massiver sexualisierter Gewalt gegen Frauen gekommen war, im Mittelpunkt extrem rechter und rassistischer Agitation. Darauf folgend formierten sich in Köln „Bürgerwehren“, die in der Innenstadt auf Menschenjagd gingen. Dabei wurden am 10. Januar mehrere Personen, die als „ausländisch“ angesehen wurden, angegriffen und verletzt. Obwohl diese Gewalttaten durchaus in einem flüchtlingsfeindlichen Kontext gesehen werden müssen, tauchen sie in der offiziellen Statistik zu flüchtlingsfeindlichen Straftaten nicht auf.

Demonstrationen und Kundgebungen

Im RB Köln gab es insgesamt 29 extrem Rechte Demonstrationen und Kundgebungen. Hier steht ebenfalls die Stadt Köln mit 13 Demonstrationen und Kundgebungen an erster Stelle. Von herausragender Bedeutung ist die Demonstration von Pegida NRW anlässlich der Ereignisse in der Silvesternacht. Am 9. Januar 2016 versammelten sich in Köln ca. 1.500 Teilnehmende, deren Aufzug aufgrund von Flaschenwürfen aus der Demo heraus und ähnlichem bereits nach wenigen Metern von der Polizei gestoppt wurde.

In den nachfolgenden Monaten war es die Kleinstpartei „Pro NRW“, die in Köln mobil machte, jedoch keine nennenswerte Anhänger_innenschaft mobilisieren konnte. Dies gilt erst recht für die der Reichsbürgerbewegung zuzuordnende „staatenlos“-Initiative. Während die Pegida-Bewegung 2016 in Köln selbst keine weiteren „Spaziergänge“ mehr durchführte, gab es eine Demonstration dieses Milieus in Linnich (Kreis Düren) und eine in Erkelenz (Kreis Heinsberg) unter dem Label „Bürger stehen auf“. Weitere Schwerpunkte waren der Rhein-Sieg-Kreis mit der „Identitären Aktion“ sowie der Rhein-Erft-Kreis, wo besonders die neonazistische Partei „Die Rechte“ auftrat.

Vergleicht man die öffentlichen Aktivitäten mit dem Aufkommen von Straftaten, so fällt ein statistischer Zusammenhang ins Auge: In den Kreisen des RBs, in denen die extreme Rechte aktiver war, wurden tendenziell mehr flüchtlingsfeindliche Straftaten verübt. Die Zahlen sind jedoch zu unspezifisch, als dass sie eine direkte kausale Beziehung zulassen würden.

Regierungsbezirk Münster

Im RB Münster registrierte die Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus im Jahr 2016 insgesamt 71 Vorfälle, die sich gegen Geflüchtete, deren Unterkünfte, aber auch gegen Personen und Initiativen richteten, die sich für Geflüchtete engagieren. Auffällige regionale Schwerpunkte sind in diesem Kontext nicht auszumachen. Übergriffe und Anfeindungen ereigneten sich in allen Kreisen und kreisfreien Städten im Regierungsbezirk. Die meisten Vorfälle (24) sind im Kreis Recklinghausen zu verzeichnen, der auch der einwohner_innenstärkste im Regierungsbezirk Münster ist.

Wenngleich sich die Vorfälle über das gesamte Jahr 2016 verteilen, ist eine besondere Häufung für das erste Quartal 2016 festzustellen. Allein in den ersten drei Monaten des Jahres konnten 34 Vorfälle registriert werden. Zu mutmaßlichen Brandstiftungen kam es in Ascheberg, Bottrop, Gelsenkirchen, Gescher, Marl, Münster und Raesfeld.

Quantitativ dominieren in der Region mit 28 registrierten Ereignissen jene Vorfälle, die von den Ermittlungsbehörden zunächst als „Volksverhetzung“ bewertet wurden. Nicht erfasst sind in diesem Kontext die in zahlreichen Städten und Gemeinden von Unbekannten im öffentlichen Raum angebrachten flüchtlingsfeindlichen und rassistischen Aufkleber, die zwar keine strafrechtlich relevanten Aussagen enthalten, gleichwohl aber ausgrenzenden gesellschaftlichen Stimmungen Ausdruck verleihen. Dies gilt beispielsweise für zwei Brandanschläge, die im April und im Juni 2016 auf eine zum damaligen Zeitpunkt unbewohnte Flüchtlingsunterkunft in Münster-Hiltrup verübt wurden. Schon Wochen vor den Taten waren in dem Stadtteil wiederholt Aufkleber mit rassistischen und nationalistischen Aussagen verklebt worden. Engagierte aus Flüchtlingsinitiativen beklagten zudem eine zunehmend polarisierte Stimmung in Hiltrup. Der Prozess gegen die beiden Brandstifter im November 2016 verdeutlichte schließlich, dass die Täter zwar aus rassistischen Motiven handelten, nicht aber der extrem rechten Szene angehörten. Aufgrund der geringen öffentlichen Präsenz von neonazistischen Gruppen und Akteur_innen im RB kann hier kein Zusammenhang hergestellt werden – vielmehr scheint es sich bei einer Mehrzahl der Täter_innen um Menschen zu handeln, die zwar eindeutig rassistisch denken und handeln, aber aus der Mitte der jeweiligen Orte und Gemeinschaften kommen.

Demonstrationen und Kundgebungen

Kundgebungen und Demonstrationen aus dem Spektrum der NPD, der „Bürgerbewegung pro NRW“, der Partei „Die Rechte“ oder der Pegida-Bewegung nahestehender Gruppen waren im Regierungsbezirk Münster im Jahr 2016 nicht zu verzeichnen. Allerdings versuchte die AfD im Kreis Warendorf mit Versammlungen in Ahlen (April) und Warendorf (Mai) das Themenfeld „Flucht und Asyl“ in polemischer Form aufzugreifen. Die TeilnehmerInnenzahlen der Kundgebungen blieben jedoch insgesamt deutlich hinter den Erwartungen der Veranstalter_innen zurück. In Ahlen nahmen an der Versammlung der AfD, bei der als Hauptredner André Poggenburg, AfD-Fraktionsvorsitzender im Landtag von Sachsen-Anhalt auftrat, lediglich 150 Personen teil. In Warendorf brachte die AfD gerade einmal 50 Anhänger_innen auf die Straße. Die Gegenkundgebungen aus dem Spektrum der Zivilgesellschaft waren hingegen mit mindestens 400 Teilnehmer_innen in Ahlen und 1.500 in Warendorf wesentlich besser besucht.